

## **Auf ein Wort: Zur Bekämpfung des Antisemitismus**

Jegliche Form von Antisemitismus und Diskriminierung muss verurteilt und bekämpft werden. Die DPG bekennt sich vorbehaltlos zum Existenzrecht des Staates Israel in den international festgelegten Grenzen von 1967. Alle Maßnahmen zur Bekämpfung des Antisemitismus finden unsere Zustimmung. Dennoch muss man auf ein Missverständnis aufmerksam machen. Am deutlichsten hat es Avi Primor, Träger des Osnabrücker Remarque Friedenspreises, zum Ausdruck gebracht: „Nicht der Antisemitismus nimmt zu, sondern die Sympathie für Israel nimmt ab.“ Der israelische Diplomat erkennt Ursache und Wirkung und macht deutlich, dass die israelische Regierung mit Ihrer Besatzungspolitik genug Anlass zur Kritik bietet. Durch die undifferenzierte Trennung von zu verurteilendem Antisemitismus und durchaus politisch berechtigter Israelkritik wird ein unzulässiger Zusammenhang verknüpft. Die zur Regel gewordene Vermischung trägt nicht dazu bei, den Konflikt friedlich zu diskutieren. Selbstverständlich müssen Menschen, ob Neuankömmlinge oder deutsche Rechtsradikale, die verabscheuende Angriffe auf Juden verüben, bestraft werden. Solche mit einem anderen Hintergrund und ohne Kenntnisse über das Verbrechen an Juden müssen darüber informiert und belehrt werden. Das Unterbinden von Antisemitismus darf jedoch Muslime bloß durch ihre Religionszugehörigkeit nicht unter Generalverdacht stellen. Das gefährdet den sozialen Frieden.

Nazih Musharbash  
Vizepräsident